



Offener Brief an den Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Herrn Baaske:

07.03.2012

Sehr geehrter Herr Minister Baaske,

Letztes Jahr am 8. März trafen wir uns mit Ihnen und haben mit Ihnen über unsere Probleme gesprochen. Nochmals vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Sorgen und Nöten. Wir schätzen es sehr, dass Sie in diesem Gespräch sagten, Sie würden unsere Forderung, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, unterstützen, ja mehr als das, dass Sie unsere Forderungen teilen würden. **Bei diesem Treffen versprochen Sie uns, dafür zu sorgen, dass die Lebensbedingungen in den "Gemeinschaftsunterkünften" -vor allem für Frauen- verbessert werden.**

Wir möchten nun zusammenfassend betrachten, was seither passiert ist:

Nach einem Folgetreffen mit VertreterInnen Ihres Ministeriums, wurde von Ihrem Ministerium ein Rundschreiben an die Behörden der Landkreise verschickt, das klarstellte, was selbstverständlich sein sollte: Unsere Privatsphäre ist von den MitarbeiterInnen der "Heime" zu respektieren. Sie müssen an unsere Türen klopfen, bevor sie unsere Zimmer betreten. Wir sind dankbar für dieses Schreiben, weil es die MitarbeiterInnen der Unterkünfte über eines unserer grundlegenden Rechte informiert hat und ihr Verhalten geändert hat. Dennoch ist es ein Skandal, dass für diese Änderung eine Anordnung einer übergeordneten Behörden erforderlich war.

Am 14 April 2011 verabschiedete der Landtag Brandenburgs einen Beschluss, um die Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg zu verbessern. In diesem Beschluss des Landtags wurde die Landesregierung aufgefordert, die bislang "vorgegebenen Mindestbedingungen zur Unterbringung und sozialen Betreuung auf einen möglichen Änderungsbedarf hin zu überprüfen¹." Zu diesem Zweck bildete Ihr Ministerium eine Arbeitsgruppe in der ExpertInnen und VertreterInnen von Behörden diese Fragen erörterten.

Seit Januar diesen Jahres ist der Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe veröffentlicht. Er beinhaltet "Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung²".

Zu unserer Überraschung sind die vorgeschlagenen Änderungen geringfügig und werden nicht wirklich zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften führen.

Wir wollen dies mit einigen kleinen Beispielen erläutern:

- Die Empfehlungen beinhalten den Vorschlag, dass jede/r Erwachsene einen Schlüssel bekommen soll, um die Möglichkeit zu haben, Duschen während der Benutzung abzuschließen.

1 <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/beschlpr/anlagen/3082-B.pdf>

2 http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_4500/4573.pdf

Das ist schön, aber es zeigt uns, dass entweder die MitarbeiterInnen Ihres Ministeriums nie ein "Heim" von innen gesehen haben oder das Problem nicht verstanden haben: Wenn für 10 Personen eine Dusche vorgesehen ist, die sich in den meisten Fällen im gleichen Raum mit anderen Duschen befinden (z.B. in Luckenwalde zwei), die jeweils für andere 10 Personen vorgesehen sind, und dann eine Person die Tür verriegelt, müssen 29 Menschen draußen warten, bis die eine Person fertig ist. Es gibt nur eine zufriedenstellende Lösung für dieses Problem: Entweder hat jede Dusche eine Kabine mit abschließbarer Tür und Raum genug um sich aus-und anzuziehen, oder wir brauchen Apartments mit einem Badezimmer für jedes Zimmer oder jede Familie.

- Es wird auch vorgeschlagen, dass jedem Erwachsenen 8²m Wohnraum zugestanden werden sollte statt 6²m wie bisher. 2²m mehr oder nicht - es bleibt die Tatsache, dass wir die Zimmer mit Personen teilen, die wir nicht wählen konnten.
- Ein guter Vorschlag ist es, dass jedes "Heim" ein Zimmer haben sollte, in dem Kinder spielen können und ihre Hausaufgaben machen können, da 6²m, die die Bedürfnisse von Kindern zur Zeit abdecken sollen, wirklich nicht genug sind und Kinder in den Fluren spielen müssen und ihre Hausaufgaben auf Betten sitzend machen müssen. Es ist aber sehr unrealistisch, für so verschiedene Bedürfnisse wie Spielen und Hausaufgaben machen das selbe Zimmer vorzusehen. Das ist einer der Gründe, warum wir glauben, dass Kinder überhaupt nicht in "Heimen" leben sollten.

Wir könnten noch viele kleine aber wichtige Details aufführen, aber wir fürchten Sie zu langweilen und wir glauben, dass diese Beispiele etwas bereits sehr deutlich gemacht haben: Wir Frauen in den "Gemeinschaftunterkünften" ringen dort um etwas, was wir in einer "Gemeinschaftunterkunft" nicht finden können: Ein Zuhause für uns und unsere Kinder, das ein sicherer Ort für uns und unsere Kinder ist. Und die Empfehlungen zu kleinen Verbesserungen in den Mindestbedingungen werden das nicht ändern.

Der Bericht Ihrer Regierung macht es noch offensichtlicher: Es ist unmöglich, die Lebensbedingungen in "Heimen" so zu verbessern, dass sie zu angenehmen Unterkünften werden, in denen unsere Privatsphäre geschützt wird. Deshalb fordern wir immer noch 'Frauen raus aus den Lagern!'

Sehr geehrter Minister Baaske, Sie haben uns versprochen, unsere Forderungen zu unterstützen. Wir möchten Sie deshalb höflich bitten, Ihre Versprechungen zu halten, indem Sie Ihre Macht nutzen, um eine landesweite Regelung einzuführen, die Flüchtlingsfrauen und Kinder als Gruppen von Flüchtlingen mit einem besonderen Schutzbedürfnis definiert, und indem Sie einen Erlass auf den Weg bringen, uns in Wohnungen unterzubringen. Wir haben gehört, dass in anderen deutschen Bundesländern die meisten Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden. Wir glauben deshalb, dass die Bundesgesetze Sie nicht an einem Erlass hindern können, der wirklich unsere Lebensbedingungen verbessern würde.

Mit freundlichen Grüßen

Women in Exile



WIE
women
Flüchtlingsfrauen

in Exile
werden laut

„WIE“ ist eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen, die sich mit den Problemen von Flüchtlingen aus der Sicht von Frauen befassen und Gesetze bekämpfen, die gegen die Emanzipation von Frauen und Kindern gerichtet sind.

womeninexile.blogspot.de